

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der FDP

### **Straßenblockierer stoppen – Rechtsdurchsetzung den Trends der Gefährder anpassen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, bei der Staatsanwaltschaft Berlin eine Schwerpunktabteilung zu bilden, die eine zügige Bearbeitung und ggf. Anklageerhebung bei den eintreffenden Ermittlungsvorgängen im Zusammenhang mit den seit mehreren Wochen in Berlin stattfindenden Straßenblockaden gewährleistet. Dabei ist für die Dauer der fortgesetzten Störungen der öffentlichen Ordnung einen Bereitschaftsdienst aus der Behörde heraus zu bilden, der auch außerhalb der normalen Bürozeiten Vorgänge verzugslos bearbeiten, Entscheidungen treffen und Anträge bei Gericht stellen kann.

Ebenso wird der Senat aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass die Arbeitsfähigkeit der Gerichte den wie oben beschleunigten Arbeitsabläufen der Staatsanwaltschaft Berlin angepasst wird.

Dazu muss insbesondere das Institut „Richter vom Tagesdienst“ einen bedarfsgerechten Aufwuchs erfahren und der richterliche Bereitschaftsdienst mit dem Ziel verstärkt werden, die durch die Staatsanwaltschaft hereingereichten Vorgänge auch außerhalb normaler Bürotageszeiten ohne Zwischenlagerung zu entscheiden bzw. auszuurteilen.

Letztlich wird der Senat aufgefordert, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die die einzelnen Blockadeaktionen insbesondere darauf untersucht, welche quantifizierbaren Schäden – z.B. Einsatzkosten von Polizei und Feuerwehr – der Allgemeinheit entstanden sind und diese den festgestellten Täterinnen und Tätern in Rechnung stellt.

### ***Begründung***

In der deutschen Hauptstadt Berlin hat sich eine neue – als Protestform daher kommende – Art von Kriminalität gebildet: Das – meist unangekündigte – Blockieren hochfrequentierter Verkehrswege, um den Personen- und Warenverkehr schwerstmöglich zu schädigen und diesen Zustand durch das Verkleben der eigenen Hände mit der Straßendecke auch noch möglichst lange aufrecht zu erhalten.

Dieses Verhalten stellt nicht nur einen fortgesetzten unzulässigen Eingriff in die Lebensgestaltungsfreiheit zehntausender Menschen in unserer Stadt dar. Es gefährdet u.a. kranke und gebrechliche Menschen, die mit Rettungs- und Krankentransportfahrzeugen in Staus landen und verwirklicht je nach Umstand verschiedene Straftatbestände wie Nötigung, gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr etc.

Dieser seit Wochen andauernde Missbrauch des Versammlungsrechtes ist unter keinem Gesichtspunkt hinnehmbar und muss mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

Im Vergleich zur Gesamtgesellschaft handelt es sich hier um eine kleine, aber straff organisierte Gruppe, die zudem noch ganz offen ankündigt, ihr Verhalten so lange fortzusetzen, bis sich die Mehrheitsgesellschaft ihren extremistischen Forderungen unterwirft. Deshalb ist bis in absehbare Zeit ein fortlaufender Anfall gleich oder ähnlich gelagerter Strafermittlungsvorgänge zu erwarten. Ebenso wie bei den Umständen nach ähnlichen gesellschaftlichen Erscheinungen (extremistische Ausschreitungen am 1. Mai etc.) muss deshalb auch hier schnell und fachbezogen gehandelt werden.

Dies umso mehr, als hier fast jeden Tag zehntausende unbeteiligte Menschen durch das Agieren einer Tätergruppe in eine Art Geiselhaft genommen werden. Das rücksichtslose Verhalten dieser Tätergruppe ist geeignet, das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat zu untergraben, wenn die gewählte Regierung darauf nicht schnell und nachdrücklich reagiert.

Bereits jetzt richtet die Tätergruppe erhebliche Schäden an: Im privaten Bereich werden Menschen Arzttermine, Behördentermine, wichtige Besuche oder Vorstellungstermine verhindert. Im wirtschaftlichen Bereich werden wichtige Warenlieferungen verzögert oder können Dienstleistungen oder Handwerkstätigkeiten nicht erbracht werden. Arbeitnehmer müssen ggf. Überstunden leisten, weil ein Ausfall von Dienstleistungen oft nicht nur finanzielle Folgen hat. Im öffentlichen Bereich müssen Polizei und Rettungsdienste Mehrarbeit leisten, um die Allgemeinheit vor Gefährdungen zu schützen, die ihre eigenen Anliegen dreist über die der anderen Menschen stellen.

Gerade die letztgenannten Schäden fallen viel zu oft unter den Tisch. Obwohl sie den Haushalt erheblich belasten und die ohnehin chronisch überlastete und unterbesetzte Berliner Polizei mit einer weiteren Anzahl von Einsatzstunden übersähen.

Berlin, 14. Februar 2022

Czaja, Krestel  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin